

Titel seines Buches aufgeworfene Frage differenziert, gewissermaßen mit einem »ja, aber«: »Die ›Rückwende zum Mittelalter‹ erfaßte die katholische Bewegung des Vormärz nicht durchgängig, sodann in sehr unterschiedlichem Maße und aus unterschiedlichen Blickwinkeln, je nach Interessenlage und mentalem Bedürfnis« (S. 403). Den unterschiedlichen Strömungen des politischen Katholizismus entsprachen durchaus unterschiedliche Geschichtsbilder; diese Unterschiedlichkeit verweist auf »Bruch- und Nahtstellen innerhalb der katholischen Bewegung« (so zusammenfassend S. 410, auch S. 248). Es gab wechselnde »Koalitionen« innerhalb des katholischen Lagers; aber es gab dagegen keine völlige Homogenität der weltanschaulichen Grundlage. Zwar läßt sich ein Kanon historischer Themen rekonstruieren (s. zusammenfassend S. 400 ff.), doch vertraten die unterschiedlichen Strömungen mitunter einander widersprechende Interpretationen. Die Unterschiedlichkeit läßt sich idealtypisch in Form von Antithesen charakterisieren, die in dieser Reinform freilich kaum anzutreffen sind und die zudem komplexe Synthesen eingingen: einerseits kurialistische Positionen, andererseits eine unverkennbare innerkirchliche Oppositionshaltung; auf der einen Seite Geistliche, auf der anderen Seite Laien; während für die einen die Beschäftigung mit der Geschichte eher unbedeutend war, nahm sie für andere einen bedeutenden Stellenwert ein; auf der einen Seite gab es einen reflektierten Ansatz, wogegen sich andere in einer plumpen Schwarz-Weiß-Malerei erschöpften; schließlich finden sich einerseits kontrovers theologische Polemiken, andererseits ein moderater Stil der Auseinandersetzung, das Bemühen um eine argumentative Diskussion. Wie auch immer, die historische Argumentation hatte die Funktion einer Abgrenzung nach außen und innen; insofern war die Auseinandersetzung mit gegnerischen Organen oder Publikationen auf Dauer gestellt. An wissenschaftlicher Professionalität waren diese Arbeiten freilich mit den im protestantischen Milieu entstandenen Werken nicht zu messen (bes. S. 152, 157, 213, 270, 405 u. ö.). Doch Klug ging es nicht darum, den Beitrag des (politischen) Katholizismus zum Verwissenschaftlichungsprozeß der Geschichtswissenschaft aufzuzeigen (dieser war, wie man schon vorher wußte und wie nun durch Klugs Ausführungen materialreich bestätigt wurde, denkbar gering), sondern ihm ging es um die Rekonstruktion eines wichtigen Ausschnitts des politisch-historischen Kultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dies ist ihm eindrucksvoll gelungen³.

Horst Walter Blanke, Bielefeld

Andreas Biefang (Bearb.), Der Deutsche Nationalverein 1859–1867. Vorstands- und Ausschußprotokolle, Droste Verlag, Düsseldorf 1995, 528 S., geb., 198 DM.

Staatliche Vereinigungen sind komplizierte Prozesse. Mag auch für die Zeitgenossen die Unvorhersehbarkeit der Ereignisse und die Dramatik des Geschehens im Vordergrund der Wahrnehmung stehen, kann sich der Historiker doch nicht mit einer Chronologie des Ablaufs begnügen. In der Darstellung der ersten Nationalstaatsbildung in Deutschland, die 1871 mit der Kaiserproklamation in Versailles ihren monarchisch imprägnier-

3 Verwirrung stiften zwei terminologische Eigentümlichkeiten: Klug spricht öfters von »Funktionalisierung« der Geschichte, wenn er deren Instrumentalisierung für Parteistandpunkte meint (vgl. S. 25, 35 u. ö.). Dies ist insofern irreführend, als die Einbeziehung in lebensweltliche Kontexte der Geschichte immanent ist; vgl. dazu kurz, aber prägnant *Jörn Rüsen, Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen des historischen Wissens*, Göttingen 1989, bes. S. 121 ff.). Und er bemüht den Begriff des »Metahistorischen« (etwa S. 234) für geschichtsphilosophische Konstruktionen, die sich durch eine Empiriefeme auszeichnen, was gleichfalls dem allgemeinen Sprachgebrauch widerspricht.

ten Abschluß fand, dominierte lange eine Sichtweise, welche vor allem die Leistung Bismarcks in den Mittelpunkt stellte. Befördert wurde diese borussophile Interpretation durch Selbstzeugnisse liberaler Akteure, welche die Einigung in heilsgeschichtlichen Metaphern beschrieben, dem Ereignis damit Erlösungsqualität zuschrieben – und zugleich die eigene Teilhabe am Prozeß der Nationalstaatsbildung ausblendeten. Daß Bismarck nicht allein auf der Bühne nationaler Politik stand, ja, daß er in grundlegenden Fragen sich an die Konzeptionen und Strategien der liberalen Nationalbewegung anschloß – das gilt es neu zu entdecken. Zwar wandelte Bismarck vieles dynastisch-obrigkeitlich um und machte Preußen in der von ihm geprägten Gestalt des autoritären Machtstaates und eben nicht des liberalen Verfassungsstaates zum Motor der Einigung. Die Geschichte des »Deutschen Nationalvereins« zeigt jedoch, wie sehr Bismarck in seiner Politik seinen liberalen Gegnern – und späteren Anhängern – verpflichtet war. Wenn man so will, reduziert sich seine Rolle, überspitzt formuliert, auf die Position eines begabten »Machers«, der zeitgenössische politische Strategien adaptierte und den preußischen Semiabsolutismus nationalstaatlich vergrößerte.

Die Edition der Protokolle des Nationalvereins, mustergültig umgesetzt, führt die Bedeutung und die Tätigkeit der liberalen Nationalbewegung plastisch vor Augen. Nach der gescheiterten Verfassungsgebung von 1849 betrat zuerst ein politisch sich formierendes und dezidiert artikulierendes Bürgertum die nationale Bühne – lange vor Bismarck. Die hier zusammengestellten Quellen, knapp und präzise interpretiert, veranschaulichen die politischen Ziele sowie die Organisations- und Aktionsformen des sich nationalpolitisch formierenden Bürgertums. Durch »Association« sollte dem »Volk« zur »Macht« verholfen werden.

Der Anspruch, das Volk zu vertreten, blieb, ganz in der bürgerlich-liberalen Tradition des 19. Jahrhunderts, zumeist sozial eingegrenzt auf das gehobene Bürgertum. Nur in Ausnahmesituationen und politischen Krisen bemühte man sich um eine Massenbasis, suchte man den engen Kontakt zur Vereinsbewegung der Turner, Schützen, Sänger. Die »Association« zielte also auf die Verbindung und den Zusammenschluß der bürgerlichen Honoratioren. Diese indes waren machtbewußter, zielstrebig und organisationsfähiger, als sie in der Literatur meist dargestellt worden sind. Eine demokratische Binnenstruktur, verbunden mit einem zentralistischen Organisationsaufbau, geleitet von einem kleinen Zirkel protestantischer und fortschrittsliberaler Juristen – das war der Nationalverein als Apparat. Politisch war er von seiner Gründung an die einflußreichste politische Organisation, zugleich der Geburtshelfer der liberalen Parteien, die in den 1860er Jahren entstanden. In dieser Hinsicht kann seine Bedeutung nicht überschätzt werden. Seine Wirkungsweise und die vielfältigen Vernetzungen werden in dieser Dokumentation greifbar. Ob es gelang, dem Volk zur Macht zu verhelfen, kann mit guten Gründen bezweifelt werden. Die Einigung Deutschlands ist ohne seinen Anteil nicht denkbar; doch von der Macht erhaschte das Bürgertum bestenfalls einen Zipfel.

Der Wert des Bandes besteht nicht nur in den gebotenen Materialien zur Organisationsgeschichte. Mindestens ebenso wichtig sind die Aufschlüsse, die über die Strategien der liberalen Nationalbewegung gezogen werden können. Zuerst setzte man alle Hoffnungen auf einen äußeren Krieg, um in dieser Konstellation militärische und politische Kompetenzen auf Preußen übertragen zu können und dadurch die Einigung zu erzielen. Als sich der Heereskonflikt in Preußen abzeichnete und das Ende der »Neuen Ära« unverkennbar wurde, verlegte man sich darauf, in den Einzelstaaten fortschrittsliberale Parteigründungen anzuregen und zu fördern – mit langfristigem Erfolg. Bismarcks Strategie der Einigungskriege seit 1864 griff auf ein wesentliches Element der Politik des Nationalvereins zurück, jedoch mit anderem Vorzeichen. Spätestens hier begann das Ende des Nationalvereins. Der nun beschrittene »andere« Weg zur Einheit – ein ungehemmter preußischer Annexionismus ebenso wie ein sich artikulierender rigider Föderalismus

– zerrieben den Nationalverein. Parteiengeschichtlich war seine Wirkung dennoch immens: die rasche Formierung der Fortschrittspartei wäre ohne die Geburtshilfe des Nationalvereins nicht denkbar gewesen; die nationalliberale Partei entstand 1867 wesentlich aus den Resten des Nationalvereins. Biefangs Edition zeigt damit auch, wie wichtig und notwendig eine sozialgeschichtlich arbeitende, kulturgeschichtlich erweiterte Parteiengeschichte der 1860er Jahre wäre – und sie zeigt, daß eine derartige Studie möglich wäre. Die Parteiengeschichte könnte auf diesem Weg ihre ausgetretenen Pfade verlassen.

Zwei abschließende Bemerkungen möchte ich noch machen: 1. Zu überlegen wäre, ob es bei der Untersuchung der politischen Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert nicht lohnend sein könnte, mit einem Konzept der »sozialen Bewegung« zu arbeiten und sich vom Parteibegriff zu lösen. Die Vielfalt der Aktions- und Organisationsformen, die Flexibilität der Handlungsmuster werden hier überzeugend deutlich und veranschaulichen, daß politisches Agieren in festen Organisationen für das Bürgertum der 1860er Jahre stets nur eine Möglichkeit unter mehreren war. In dieser Perspektive wird dann auch die Auflösung einer bestehenden und funktionierenden Organisationsstruktur nach der Etablierung der parlamentarischen Repräsentationen erklärbar. Die Bürger des Nationalvereins konnten Partei sein, wenn es ihnen nötig erschien, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen – es war jedoch für sie kein Zweck an sich. 2. Unverkennbar bleibt das Dilemma, in dem sich die bürgerliche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts befand. Zur Änderung der politischen Zustände standen im Konfliktfalle, verweigerte die Obrigkeit die freiwillige Übereinkunft, zwei Alternativen bereit. Beide waren mit Gewalt verbunden. Es war einerseits die revolutionäre Gewalt gegen die traditionellen und reformunwilligen Regierungen. Diese Möglichkeit war 1848 aufgeblitzt – und von den bürgerlichen Kreisen in Deutschland mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Man wollte keine politische Veränderung ohne eine »Vereinbarung« mit dem Ancien Régime. Es blieb, andererseits, die kriegerische Gewalt nach außen. Darauf setzte man Hoffnungen – und erfuhr in den 1860er Jahren doch zugleich, daß dieses Mittel in ungeahnter Weise die alte Ordnung stärken konnte. Mit anderen Worten, die »Association« des – bürgerlichen – Volkes gelang, die Partizipation der Bürger an der staatlichen Macht blieb indes begrenzt. Die beeindruckende Edition der Vorstands- und Ausschußprotokolle des Nationalvereins dokumentiert diesen ambivalenten Verlauf.

Manfred Hettling, Bielefeld

Michael Maurer, Die Biographie des Bürgers. Lebensformen und Denkweisen in der formativen Phase des deutschen Bürgertums (1680–1815), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1996, 712 S., geb., 142 DM.

»Der Aufstieg der deutschen Gesellschaft als einer bürgerlichen ist wesentlich Aufstieg und Durchsetzung einer bürgerlichen Hegemonialkultur. Das wichtigste Element in diesem Prozeß ist das pädagogische [...]« (S. 617). In diesem Konstituierungsprozeß kommt wiederum der Biographie als einem Medium kollektiver Selbstverständigung eine bedeutsame Funktion zu. Mit diesen Sätzen lassen sich komprimiert Anliegen und Ansatz der Arbeit von Maurer umreißen. Der Zuschnitt ihres Zeitrahmens ergibt sich durch die kulturgeschichtlichen Markierungen des Pietismus und der Aufklärung, die auch in der Argumentation des Buches strukturierende Bedeutung haben. Der Titel ist nicht ganz eindeutig: Er spielt natürlich auf den gewählten Quellenkorpus an. Davon abgesehen meint er aber nicht die Struktur des individuellen Lebens, den Lebenslauf, sondern zielt